



**Susanne Mittag**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung:

# Rentenerhöhung für Ost und West beschlossen: SPD-Bundestagsfraktion plant weitere Verbesserungen

Berlin, 25.04.2018

**Susanne Mittag, MdB**

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Büro: Paul-Löbe-Haus  
Raum: 5.133  
Telefon: +49 30 227-78171  
Fax: +49 30 227-70173  
susanne.mittag@bundestag.de

**Wahlkreis:**

Arthur-Fitger-Straße 10  
27749 Delmenhorst  
Telefon: +49 4421 -1521212  
Fax: +49 4221 -1521222  
susanne.mittag.ma05@bundestag.de

Gute Nachrichten für über 20 Millionen Rentner: Die Bundesregierung hat heute beschlossen, die Renten zu erhöhen. Zum 1. Juli 2018 wird die Rente in Westdeutschland um 3,22 Prozent und in den neuen Ländern sogar um 3,37 Prozent steigen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Renten in Ost und West weiter aneinander angeglichen werden. Mit dem heutigen Beschluss des Kabinetts erreicht der Rentenwert im Osten ab 1. Juli 95,8 Prozent des Westwertes. Bis spätestens 2024 sollen die Renten in den alten und neuen Bundesländern gleich hoch sein. Wichtige Grundlage für die erfreuliche Entwicklung bei den Renten sind die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und steigende Löhne.

Damit sich die Rente auch zukunftsorientiert entwickelt, wird demnächst die im Koalitionsvertrag angekündigte Rentenkommission eingesetzt. Die SPD wird von der Sozialpolitikerin Gabriele Lösekrug-Möller vertreten. Sie war bereits mehrfach zum Thema Rente im Wahlkreis der SPD-Bundestagsabgeordneten Susanne Mittag zu Gast. Sie ist sich sicher: „Mit ihr sind die SPD und die Interessen der zukünftigen Rentner sehr gut vertreten.“

Susanne Mittag: „Wir werden die Weichen dafür stellen, dass Renten weiter zügig steigen. Deshalb machen wir eine Politik für eine gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Nur mit einem hohen Beschäftigungsstand und guten Löhnen gibt es auch eine gute Rente. Dazu haben wir ein ganzes Bündel an Maßnahmen geschnürt.“

Darunter fallen das Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit, die Mindestausbildungsvergütung, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Recht auf Weiterbildungsberatung und eine nationale Weiterbildungsstrategie. Zudem sollen die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in den Pflegeberufen spürbar verbessert werden.